

Die CDU will in Brüssel noch mehr Essen in den Tank

Am Donnerstag wird das Europäische Parlament entscheiden: Soll tatsächlich noch mehr Essen in den Tank wandern? Für CDU-Abgeordnete im Europaparlament ist die Antwort klar. Sie setzen sich vehement dafür ein, dass der Anteil von Biosprit aus Nahrungsmitteln nicht begrenzt wird, sondern sogar steigt. Christa Klaß, CDU-Europaabgeordnete aus der Region Trier, vertritt die Christdemokraten in den Verhandlungen mit den anderen Fraktionen im federführenden Umweltausschuss des Europaparlaments. Jeder Kompromissvorschlag, der eine stärkere Begrenzung beinhalten würde, wird von ihr rigoros abgelehnt. Das steht in völligem Gegensatz zur Haltung der CDU-geführten deutschen Bundesregierung. Sie hat sich dafür ausgesprochen, dass der Anteil von Biosprit aus Nahrungsmitteln auf fünf Prozent des Gesamtverbrauchs begrenzt wird. Oxfam fordert Bundeskanzlerin Merkel deshalb auf, ihre CDU-Kollegen und -Kolleginnen in Europa zur Räson zu bringen. Die rote Linie von fünf Prozent darf nicht überschritten werden. Bis 2020 sollte die staatlich geförderte Herstellung von Biosprit aus Nahrungsmitteln vollständig abgeschafft werden.

Hunger und Armut nehmen zu

Gemeinsam mit 15 weiteren Organisationen hat Oxfam einen offenen Brief an die deutschen Abgeordneten im Umweltausschuss geschrieben. Die Politiker/innen werden darin aufgefordert gegen den weiteren Ausbau von Biokraftstoffen zu stimmen. Und zwar gegen solche, die mit der Nahrungsmittelproduktion in Konkurrenz stehen. Es sind vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern, die unter den Folgen der Biospritpolitik der Europäischen Union leiden: Hunger und Armut nehmen zu, wenn Nahrungsmittelpreise infolge der Konkurrenz um knappe Anbauflächen, Wasser und Rohstoffe steigen. Oft kommt es zu Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen bei der Erschließung neuer Flächen für den Anbau von Energiepflanzen. Zudem geht das Argument, Biokraftstoffe würden die Umwelt schützen, ins Leere. Denn in vielen Fällen führt der erhöhte Bedarf an Anbauflächen zur Zerstörung von Regenwäldern und anderen Ökosystemen.

Anbaufläche für Palmölplantagen hat sich verdoppelt

Beispiel Indonesien: Jüngst hat eine Studie gezeigt, dass dort für Ölpalmpflanzungen in großem Stil Regenwälder zerstört werden. Damit werden immense Mengen klimaschädliches Kohlenstoffdioxid freigesetzt. Häufig sind die Brandrodungen illegal – und verpesten zusätzlich die Luft. So zum Beispiel in Sumatra, Singapur und Teilen Malaysias. Noch nie war die Luft dort so verschmutzt wie in den letzten Wochen. Gleichzeitig nehmen die Konflikte um Land und Wasser zu. Indonesien ist der größte Lieferant von Palmöl für europäischen Biodiesel. Und in den letzten zehn Jahren hat sich die Fläche für Palmölplantagen mehr als verdoppelt. Die Rechte Indigener werden missachtet. Palmölfirmen nehmen ihnen ihr Land, ihr Wasser und damit ihre Ernährungsgrundlage.

Die EU-Parlamentarier haben nun die einmalige Chance, die verantwortungslose Biospritpolitik der EU zu beenden. Denn sie treibt gegenwärtig Menschen an vielen Orten in Hunger und Armut treibt und beschleunigt den Klimawandel.